

Beschluss der Fraktion zum Haushaltsentwurf der Landesregierung 2014

1. Der vorliegende Haushalts-Entwurf enthält im Vergleich zum Vorjahr eine Ausgabensteigerung von fast 50 Mio. Euro (ohne Hochwasser-Hilfe). Dieses Haushaltsvolumen stellt die Notwendigkeit der Schrumpfungspolitik der Landesregierung im Bereich von Bildung, Kultur und Sozialem eindeutig in Frage.
2. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Landesregierung unsere Position umgesetzt hat, dass Altschulden-Tilgung und der Ausbau von Vorsorgeelementen politisch inakzeptabel ist, wenn gleichzeitig die Entwicklung des Landes durch Einsparungen gefährdet wird (Verzicht auf Zuführung zur Steuerschwankungsreserve, Verzicht auf pauschale Zuführung zum Pensionsfonds, Verzicht auf STARK IV, Verzicht auf Altschuldentilgung.)
3. Trotz dieser relativ günstigen finanzpolitischen Rahmenbedingungen will die Landesregierung offensichtlich nicht von ihrer fatalen Schrumpfungspolitik für das Land abrücken. Dazu zählen aus unserer Sicht vor allem:
 - die geplanten Kürzungen beim Blinden- und Gehörlosengeld,
 - die geplanten Kürzungen im Bereich der Jugendpauschalen und des Fachkräfteprogramms sowie bei den Jugendverbänden im Jahr 2014 sowie die vorgesehene vollständige Streichung ab dem Jahr 2015,
 - die im Jahr 2014 beginnenden Kürzungen im Wissenschaftsbereich außerhalb der Hochschulbudgets und ab dem Jahr 2015 die Kürzungen der Hochschulbudgets,
 - die vorgesehenen Streichungen im Bereich der Theater- und Orchesterförderung,
 - die geplante Reduzierung der Referendariats-Stellen um 200 im Jahr 2014.

Ziel der Fraktion DIE LINKE wird es sein, diese politischen Fehlentscheidungen der Landesregierung während der Haushaltsberatungen zu korrigieren.

4. Die Reduzierung des öffentlichen Dienstes des Landes Sachsen-Anhalt zeigt jetzt in immer mehr Bereichen den damit verbundenen Qualitätsverlust für die öffentliche Daseinsvorsorge. Dies trifft u. a. auf die Bereiche Schule, Polizei und Hochwasserschutz zu. In diesem Zusammenhang fordern wir die Aufhebung des Instrumentes Neueinstellungskorridor und die verbindliche Festlegung von Stellen, die in der eigenen Verantwortung der Ministerien besetzt werden können. Für den Bereich der Schulen fordern wir, dass bei steigenden Schülerzahlen die Zahl der aktiven Lehrer stabil gehalten werden muss. Im Bereich der Polizei im Polizeivollzug fordern wir einen Bestand von 6.200 Stellen und den daraus resultierenden ca. 1.130 Stellen in der Polizeiverwaltung. Im Bereich des LHW und des Umweltschutzes benötigen wir auch in Konsequenz neuen Europäischen Rechts einen Stellenaufwuchs.
5. Die Fraktion wird Refinanzierungsvorschläge für die entsprechenden Prioritäten erarbeiten. Dabei geht es zum einen um die Erhöhung von Einnahmen (Kulturfördergesetz) sowie um das Erschließen von Reserven im vorgelegten Etat-Entwurf.
6. Die Fraktion wird ihre Positionen zum Landeshaushalt weiterhin mit gesellschaftlichen Kräften, insbesondere den DGB-Gewerkschaften, diskutieren und koordinieren.